

# Zu einigen Fragen unserer Agrarpolitik

Von Diplom-Landwirt Erich Huft

In Vorbereitung der Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen am 23. Juni organisieren die Studenten der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen und der Veterinär-Medizinischen Fakultät Agitationseinsätze in den Landkreisen Delitzsch und Geithain. Besonders für sie, aber auch für die übrigen sich an der Wahlvorbereitung beteiligenden Universitätsangehörigen ist es wichtig, sich in den Grundfragen unserer Agrarpolitik auszukennen.

Der ehemalige Direktor des Instituts für Agrarökonomie an der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in Berlin, Vieweg, entwickelte ein Agrarprogramm, durch dessen Verwirklichung wir seiner Meinung nach auf einen „neuen, annehmbaren“ Weg zum Sozialismus in der Landwirtschaft gelangen könnten. Anstatt aber die ihm angebotene Gelegenheit wahrzunehmen, dieses Programm auf der V. LPG-Konferenz und dem V. Deutschen Bauerntag zur Diskussion zu stellen, setzte er sich nach Westdeutschland ab.

## Der genossenschaftlichen Großproduktion gehört die Zukunft

Weil ein Teil unserer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften noch mit Entwicklungsschwierigkeiten zu kämpfen hat, schlägt Vieweg vor, „nichtlebensfähige“ LPG aufzulösen. Liegen diese Schwierigkeiten im Charakter der LPG begründet und ist der vorgeschlagene Weg gangbar, wenn wir auf die Erreichung unseres Zieles, einen steigenden und gesicherten Wohlstand für alle Schichten der Bevölkerung in einem friedliebenden deutschen Staat, nicht verzichten wollen?

In der Landwirtschaft aller entwickelten Länder – ganz unabhängig von den Produktionsverhältnissen – ist eine Tendenz unverkennbar: Die Verlagerung der Produktion aus Kleinbetrieben in größere und Großbetriebe. Die ökonomische Ursache hierfür liegt in der ständigen Vervollkommnung der Produktionsinstrumente, deren Einsatz in der Landwirtschaft unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen zwar gehemmt, aber nicht aufgehalten werden kann, wogegen die Landwirtschaft in ihrer Entwicklung nach wie vor hinter der Industrie zurückbleibt. In der Landwirtschaft vollzieht sich der gleiche Prozeß der Konzentration und Zentralisation der Produktion wie in der Industrie, nur langsamer und viel später im vollen Umfange wirksam werdend.

Unter sozialistischen Produktionsverhältnissen wird der Übergang zur Großproduktion in der Landwirtschaft zur objektiven Notwendigkeit. Sie leitet sich ab aus dem Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte, dem Grundgesetz des Sozialismus und dem Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft. Das Gesetz vom stetigen Wachstum der Arbeitsproduktivität bedingt eine umfassende Mechanisierung der Landwirtschaft. Sie ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die sozialistische Großproduktion. Umgekehrt erfordert das Vorschreiten der Technik den Großbetrieb auch in der Landwirtschaft. Das sind Tatsachen, denen sich der denkende Mensch nicht verschließen kann, wenn auch Tradition und Gefühl hier noch Zugeständnisse machen möchten, und die Umstellung nicht sprunghaft und unter allen Bedingungen gleichmäßig erfolgen wird.

Unter dem Eindruck des sich in Westdeutschland vollziehenden Prozesses der Vernichtung zahlreicher Bauernbetriebe – nach dem letzten „Grünen Bericht“ waren es 104 170 Betriebe bis 10 Hektar allein in den Jahren 1949 bis 1953 – mehren sich selbst dort die Stimmen, die die bisher sorgsam gehütete Theorie von der angeblichen Stabilität des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes nicht mehr akzeptieren.

Die Entwicklung von Technik und Agrarwissenschaft lassen die Überlegenheit des Großbetriebes über den Kleinbetrieb immer wirksamer werden, was unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen zu einer tiefgreifenden

Damit sprach er das Urteil über sich selbst und darüber, inwieweit die von ihm vertretenen Thesen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben können.

In der Tat, sein Agrarprogramm ist keine Neuschöpfung. Ähnliche Gedankengänge finden wir in der revisionistischen Literatur der Vergangenheit und Gegenwart. Für einen marxistischen Agrarökonom ist es nicht sonderlich schwer, ihn zu widerlegen. Bei der Komplexiertheit des sozialistischen Aufbaus in der Landwirtschaft aber und der Tatsache, daß Vieweg von einigen echten Problemen unserer Landwirtschaft ausging, sind seine Thesen geeignet, Verwirrungen in die Reihen der Bauern zu tragen und unsere Agrarpolitik in Mißkredit zu bringen. Daher die folgenden sich auf einige Hauptfragen beschränkenden Hinweise.

sozialen Umschichtung der Landbevölkerung führt. Unter dem idyllischen Namen „bäuerlicher Familienbetrieb“ vollzieht sich jetzt in Westdeutschland ein kapitalistischer Konzentrationsprozeß auf relativ kleiner Fläche. Der Anteil der Landbevölkerung, der zunächst zum Nebenerwerb und dann mangels eigener Produktionsmittel zur Landarbeit gezwungen wird, vergrößert sich ständig. Bei gleichbleibendem Umfang der landwirtschaftlich nutzbaren Bodenfläche und sich vergrößernden Betrieben muß sich zwangsläufig die Zahl der Grundeigentümer verringern. Dieser Prozeß geht in der gegenwärtigen Etappe relativ langsam vor sich, da wider dem Zwang der Konkurrenz auch eine Anzahl von Mittelbetrieben dazu übergeht, sich der auf einem hohen Stand befindlichen Landtechnik zu bedienen und dabei auch Erfolge sichtbar werden. Es fragt sich nur, wie lange, zumal dies zwangsläufig mit wachsender Verschuldung vieler Betriebe einhergeht. Solange, bis der „Starke“ vom Stärkeren überflügelt wird. „Wanderung des Bodens zum besten Wirtschaftsmann“ das. Leider ist dieser „beste Wirtschaftsmann“ nicht gleichzusetzen dem besten Ackerbauer und Tierzüchter. Vielmehr ist es die Wirkung des ökonomischen Grundgesetzes des Kapitalismus, das in der Landwirtschaft zwar in einer besonderen Erscheinungsform auftritt, dem Bauer aber keine Sondervergünstigung einräumt.

Diesen Weg zum Großbetrieb lehnen wir in der Deutschen Demokratischen Republik aus politischen, ökonomischen und moralischen Gründen ab. Wir empfehlen den Bauern, der objektiven Notwendigkeit des Überganges zur Großproduktion und der Ausnutzung der modernen Produktionsinstrumente Rechnung zu tragen, indem sie sich freiwillig Schritt für Schritt zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen. Dieser Prozeß vollzieht sich auf der Grundlage des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und werktätigen Bauern, und ohne die Expropriation des größten Teiles der Bauern, sondern unter dem wachsenden Wohlstand aller Bauern.

Vieweg aber behauptet, die Mehrheit der werktätigen Bauern sei mit diesem Weg nicht einverstanden. Dabei stützt er sich auf die Meinung jenes immer kleiner werdenden Teiles von ihnen, die sich durch politische und ökonomische Maßnahmen, die unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht im Interesse der Masse der werktätigen Klein- und Mittelbauern durchführt, eingeengt fühlen und die „freie Entfaltung“ ihrer Initiative in Richtung auf eine privatkapitalistische Entwicklung auf Kosten von ökonomisch schwächeren Wirtschaften fordern. Die Wahrheit ist aber die, daß dem weitaus größten Teil der werktätigen Bauern eine solche Zielsetzung fremd ist. Sie sind vielmehr interessiert an einem ihrem Anteil an der Arbeit entsprechenden Einkommen und einer gesicherten Existenz in einem friedliebenden Staat.

## Unsere Agrarpolitik berücksichtigt die historische Entwicklung der Landwirtschaft

Allerdings haben längst noch nicht alle erkannt, daß die genossenschaftliche Bewegung, und zwar nur sie, ihnen diese gesicherte Perspektive ermöglicht. Ihr ausgeprägter Eigentumsinn, der seinen Ursprung in dem jahrhundertelangen Kampf der deutschen Bauern um ein eigenes Stück Land und den Schwierigkeiten bei der Erhaltung ihrer Wirtschaft unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen hat, läßt sie den genossenschaftlichen Weg vorerst nur zögernd beschreiten. Diesem Umstand trägt unsere Agrarpolitik Rechnung. Die

strenge Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit beim Eintritt in die LPG, die Förderung mannigfaltiger Formen der allmählichen Umerziehung der Bauern zum genossenschaftlichen Denken und Handelns und nicht zuletzt die umfassende Unterstützung der LPG durch unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat sind einige Maßnahmen in dieser Richtung.

Ein Teil gerade unserer befähigtesten Einzelbauern lassen sich vom genossenschaftlichen Weg abhalten und verweilen dabei auf den schlechten Entwicklungsstadien mancher LPG. Warum gibt

es neben vorbildlich organisierten und wirtschaftenden LPG auch noch eine große Anzahl schwach entwickelter?

Vorerst sind es vorwiegend Landarbeiter, Neubauern und Industriearbeiter, die sich zu Genossenschaften zusammengeschlossen haben. Sie sind nicht so sehr mit der Tradition des Privateigentums behaftet, dafür aber enger mit der Arbeiterklasse verbunden.

Angesichts dieser Sachlage verlangt Vieweg die Auflösung solcher LPG. Entspräche es unserer Bündnispolitik, Bauern, die sich mutig unter Überwindung mancher alten Vorstellungen zusammenschlossen und in eine schwierige Lage gerieten, mit der Lösung der Auflösung ihrer Wirtschaft zu enttäuschen? Würde die Fläche, nachdem sie in Eigenwirtschaften aufgeteilt der

Genosse Diplom-Landwirt Erich Huft ist geschäftsführender Oberassistent am Institut für Agrarökonomie der Karl-Marx-Universität. Vor seinem Studium, das er 1953 mit dem Examen an unserer Universität abschloß, arbeitete Genosse Huft jahrelang in der Landwirtschaft. Aus dieser Tätigkeit, der vierjährigen Studienzzeit und dem Einblick in Agrarfragen des Auslandes (1956 Studienreise in die Volksrepublik Polen) resultieren die Kenntnisse über die Zusammenhänge der Agrarprobleme der sozialistischen Staaten und der Landwirtschaftspolitik unserer Republik.



Im Vertrauen auf die Kraft und Hilfe unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates sind sie heute die Bahnbrecher der neuen Entwicklung auf dem Lande. Auf Grund ihrer sozialen Herkunft gehören sie nicht zu jenem Personenkreis in der Landwirtschaft, der das größte Fachwissen mitbringt. Trotzdem gibt es schon heute in jedem Kreis Beispiele, wo sie die Erweiterung ihrer Aufgabenstellung in einer bewundernswürdigen Art meistern. Dabei ist die Organisation und Leitung eines sozialistischen Landwirtschaftsbetriebes eine Angelegenheit, die selbst einem befähigten Mittelbauern alles Können aberkannt. Daher gibt es auch Schwierigkeiten, besonders dort, wo die Genossenschaften im Interesse der Ernährungswirtschaft herrenloses Land und ehemalige örtliche Landwirtschaftsbetriebe übernehmen. Diese Flächen machen in vielen LPG einen sehr großen Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus, ohne daß dabei gleichzeitig ein entsprechendes Anwachsen der Zahl der Arbeitskräfte erfolgte. Wer auch nur einen kleinen Einblick in die Arbeit auf dem Lande hat, kann einschätzen, daß bei gleichbleibendem Arbeitskräftebesatz jeder neu hinzukommende Hektar weitere Bearbeitungsschwierigkeiten mit sich bringt.

## Orientierung auf 30- bis 40-ha-Betriebe bedeutet Restaurierung kapitalistischer Verhältnisse

Nach Viewegs Agrarprogramm hat sich der Staat vielmehr über Generationen hinaus auf einen kleinen Sektor einzelbäuerlicher 30 bis 40 Hektar großer Betriebe zu stützen. Diese Betriebe seien stark zu mechanisieren, so daß auf diese Weise der Einsatz von Lohnarbeitkräften überflüssig und damit die Ausbeutung des Menschen beseitigt würde.

Vieweg hat die Frage offen gelassen, wie wir zu diesen Betrieben gelangen sollen. Da er aber die Maschinen der MTS an diese Betriebe verkaufen will, rechnet er damit, daß vor allem kapitalistische größere Wirtschaften in Frage kommen. Dieser Auslegung entspricht seine Forderung, die Klassendifferenzierung der Bauernschaft aufzuheben und vor allem den seiner Meinung nach „diskriminierenden Ausdruck „Großbauer“ fallen zu lassen.

Unter den gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR veränderten sich auch die Klassenbeziehungen auf dem Lande. Unsere Großbauern sind nicht gleichzusetzen den ehemaligen Kulaken in der Sowjetunion. Auch für die Großbauern gibt es in der DDR eine vorteilhafte Perspektive. Die steigende gesellschaftliche Hilfe unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, die Sicherheit des Absatzes ihrer Produkte zu festen Preisen und das Verfügungsrecht über die erzeugten „freien Spitzen“ geben ihnen die Möglichkeit der Festigung ihrer Wirtschaften. Sie leben krisenfrei und sicherer als unter kapitalistischen Pro-

duktionsverhältnissen. Bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen ist ihnen die Möglichkeit des Eintritts in eine LPG gegeben.

Die von Vieweg proklamierte sofortige Aufhebung der Klassendifferenzierung auf dem Lande widerspricht der Wirklichkeit. Ihm ist das wohl bekannt, denn die von ihm geforderte Orientierung der Agrarpolitik auf die Schaffung von 30 bis 40 Hektar großen Betrieben bevorzugt eindeutig die Großbauern. Daß er sie nicht mehr beim Namen nennen will, ändert nichts an der Tatsache. In der DDR bewirtschaften 731 000 einzelbäuerliche Betriebe mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 6,4 Hektar 4,7 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Bei Verwirklichung der von Vieweg angestrebten Betriebsgröße von 40 Hektar müßte die Anzahl der Betriebe um 719 250 vermindert werden. Legen wir für jeden dieser Betriebe nur zwei Familienangehörige zugrunde, so würden dabei 1,5 Millionen Menschen ihre Existenz verlieren und sich zum Teil in den zu schaffenden 11 750 großbäuerlichen Betrieben vordringen müssen. Hierdurch gibt Vieweg die Bündnispolitik preis, die Grundlage unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht ist, und gefährdet damit den Bestand unseres demokratischen Staates.

30 bis 40 Hektar große Betriebe können beim Intensitätsgrad der deutschen Landwirtschaft zunächst nicht auf Lohnarbeitkräfte verzichten. So würde wo-

der die Ausbeutung beseitigt, noch könnte sich in diesen Betrieben auf der Basis des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein sozialistisches Bewußtsein entwickeln. Im Gegenteil, sie würden der Ausgangspunkt für die Restaurierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft. Ihre Größe entspräche auch keineswegs den Erfordernissen des rentablen Einsatzes der vorhandenen und noch möglich werdenden Technik. So wie die Kooperation der Arbeit eine höhere Produktivkraft bewirkt, steigert sich letztere weiter durch die Kooperation des Maschineneinsatzes auf größeren Flächen. Damit würden diese 40-Hektar-Betriebe der Ausgangspunkt weiterer kapitalistischer Expansion sein. Das Entstehen einer politischen, ökonomischen und moralischen Einheit zwischen Stadt und Land würde unmöglich und der Aufbau des Sozialismus in der DDR verhindert.

## Ohne MTS keine sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft

Aus der Aufgliederung der landwirtschaftlichen Produktion in zwei Betriebe von unterschiedlichen Stufen des sozialistischen Eigentums – in MTS und LPG – ergeben sich komplizierte ökonomische Probleme, die bis heute noch nicht restlos gelöst sind. Vieweg will diese Komplikationen durch Übergabe der Produktionsmittel der MTS an die LPG umgehen. Damit schafft er die Probleme nicht aus der Welt, die der Übergang zur Großproduktion in der Landwirtschaft nun einmal mit sich bringt. Im Gegenteil, deren Lösung würde nicht nur erschwert, sondern unmöglich gemacht.

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft vollzieht sich nicht im Selbstlauf, sondern bedarf der ständigen Förderung und Hilfe des demokratischen Staates und der Arbeiterklasse. Die ökonomische Grundlage unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht ist das Volkseigentum. Der Ausbau des volligen Sektors festigt die Macht der Arbeiterklasse und ist eines der wichtigsten Erfordernisse, um planmäßig weitere Voraussetzungen für das Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zu schaffen. In der Landwirtschaft sind die MTS die stärksten Stützpunkte der Arbeiterklasse. Durch die Konzentration der entscheidenden Produktionsmittel in den MTS schafft sich der demokratische Staat die Möglichkeit, die landwirtschaftliche Großproduktion in den LPG zu lenken und darüber hinaus die gesamte wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung auf dem Lande entscheidend zu beeinflussen. Die Verwirklichung von Viewegs Forderung nach Auflösung der MTS und deren Reduzierung zu Reparaturbasen für Landmaschinen, würde die Arbeiterklasse dieses wirkungsvollen ökonomischen Instrumentes berauben und kann nur als politisches Abenteuerium bezeichnet werden.

Aber auch bei einseitiger ökonomischer Betrachtung ist Viewegs Vorschlag wissenschaftlich nicht haltbar. Es gibt keine Einrichtung, die es wie die MTS gestatten würde, sowohl den LPG als auch den werktätigen Einzelbauern den Einsatz der modernsten Technik zu ermöglichen und mit so hohem ökonomischen Effekt auszunutzen, ohne daß die LPG mehr als vertretbar finanziell belastet werden und ohne daß die werktätigen Bauern in Verschuldung oder in Abhängigkeit von wirtschaftlich stärkeren Betrieben geraten. Grundlage unserer Agrarpolitik ist das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätigen Bauern, das in seiner ökonomischen Form als Waren- und Produktionsbündnis auftritt. Die MTS sind die höchste Stufe der Verwirklichung des Produktionsbündnisses. Auflösung der MTS bedeutet Verzicht auf das Produktionsbündnis und damit Preisgabe des sozialistischen Aufbaus.

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft ist ein komplizierter Prozeß. Er erfordert Zeit, Geduld, beharrliche Aufklärung. Viele Probleme harren noch der Lösung. Der Forschungsarbeit, besonders auf dem Gebiete der Agrarökonomie steht noch ein weites Feld offen. Vieles muß noch vergrößert, verbessert, neu ausgearbeitet werden. Dabei ist zu wünschen, daß ein Teil unserer Agrarwissenschaftler mit noch etwas mehr Courage an die Lösung der Probleme heranzieht, die der sozialistische Aufbau stellt. Über alles, was noch nicht in Ordnung ist, kann und muß man diskutieren. Nur eines darf nicht zugelassen werden: Negierung der sozialistischen Perspektive unserer Landwirtschaft, Hemmung der produktionsgenossenschaftlichen Bewegung und Angriffe auf den Bestand der MTS als einen der Grundpfeiler der Macht der Arbeiterklasse auf dem Lande.